

Datenschutzerklärung

HinweisgeberInnen-Meldesystem

Bei Nutzung des HinweisgeberInnen-Meldesystems der STWT kann es zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten der hinweisgebenden Person, der von der Hinweisgebung betroffenen Personen sowie der von Folgemaßnahmen betroffenen oder in Folgemaßnahmen involvierten Personen kommen. Diese Datenschutzerklärung informiert die davon Betroffenen über die diesbezüglichen Verarbeitungstätigkeiten.

1. VERANTWORTLICHE UND KONTAKTDATEN

Verantwortliche iSd Art 4 Z 7 Verordnung (EU) 2016/679 („Datenschutz-Grundverordnung“ oder „DSGVO“) für die Verarbeitungstätigkeiten im Zusammenhang mit Meldungen über das HinweisgeberInnen-System ist die jeweilige Gesellschaft der STWT, welche die hinweisgebende Person im [Meldeformular](#) (Frage 1) auswählt, um den Missstand zu melden (in der Folge „wir“). Die Kontaktdaten der einzelnen Gesellschaften entnehmen Sie bitte der Anlage zu dieser Datenschutzerklärung.

2. ZWECKE DER DATENVERARBEITUNG

Das HinweisgeberInnen-Meldesystem der STWT ermöglicht es, Missstände in unseren Unternehmen zu melden. Im Fall einer Meldung verarbeiten wir beispielsweise die folgenden Datenkategorien:

- Die Beziehung der hinweisgebenden Person zum gemeldeten Unternehmen (MitarbeitendeR, KlientIn, LieferantIn, GesellschafterIn, Sonstiges)
- soweit angegeben der Name und die Kontaktdaten (Adresse, E-Mail-Adresse) der hinweisgebenden Person
- sonstige Informationen über die hinweisgebende Person oder Dritte, die sich aus der Meldung ergeben

Bitte beachten Sie, dass die hinweisgebende Person weder gesetzlich noch vertraglich verpflichtet ist, uns diese Daten zur Verfügung zu stellen. Ohne Eingabe der im [Meldeformular](#) als zwingend markierten Daten kann das HinweisgeberInnen-Meldesystem allerdings nicht genützt werden. Ohne Angabe der Kontaktdaten können wir die hinweisgebende Person nicht kontaktieren, etwa um den Eingang der Meldung zu bestätigen, Rückfragen zu stellen oder weitere Informationen auszutauschen. Die Verarbeitung dieser Daten dient dazu, die Verpflichtungen nach dem HinweisgeberInnenschutzgesetz („HSchG“) zu erfüllen sowie über das HinweisgeberInnen-Meldesystem eingehende Meldungen entgegenzunehmen, auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen und weiter bearbeiten zu können und dadurch ggfls Rechtsverletzungen zu verhindern, aufzuklären und zu ahnden, Schäden abzuwehren sowie unsere Unternehmen, Mitarbeitenden und GeschäftspartnerInnen zu schützen.

3. EMPFÄNGER DER DATEN

Die STWT verwaltet das HinweisgeberInnen-Meldesystem auf einem eigenen Server. Je nach Sachverhalt kann es außerdem vorkommen, dass wir personenbezogene Daten auch an folgende EmpfängerInnen übermitteln:

- für die Bearbeitung der Meldung bzw. allfällige Folgemaßnahmen und Berichte zuständige Stellen innerhalb einer anderen Gesellschaft der STWT
- zuständige Behörden (zB Strafverfolgungsbehörden, Finanzämter) und Gerichte
- Beratungsunternehmen und RechtsvertreterInnen
(bei der Durchsetzung von Rechten, Abwehr von Rechtsansprüchen etc).

Es erfolgen keine Datenübermittlungen in Drittländer.

4. SPEICHERDAUER

Personenbezogene Daten, die für die Bearbeitung der Hinweise und die Verfolgung der oben genannten Zwecke nicht erforderlich sind, werden nicht erhoben bzw. unverzüglich gelöscht. Abgesehen davon sind wir gesetzlich dazu verpflichtet, die im Rahmen der Fallbearbeitung verarbeiteten personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von fünf Jahren ab der letztmaligen Verarbeitung oder Übermittlung und darüber hinaus so lange aufzubewahren, als es zur Durchführung bereits eingeleiteter verwaltungsbehördlicher oder gerichtlicher Verfahren oder eines Ermittlungsverfahrens nach der Strafprozessordnung erforderlich ist. Nach Entfall dieser Aufbewahrungspflicht werden die personenbezogenen Daten gelöscht.

5. RECHTSGRUNDLAGE

Die Datenverarbeitung im Zusammenhang mit dem Betrieb des HinweisgeberInnen-Meldesystems beruht auf den gesetzlichen Ermächtigungen bzw. Verpflichtungen gemäß § 8 HSchG iVm Art 6 Abs 1 lit c bzw. lit e, Art 9 Abs 2 lit g und Art 10 DSGVO.

6. BETROFFENENRECHTE

Die DSGVO räumt den Betroffenen gewisse Rechte ein, auf welche wir Sie im Folgenden hinweisen. Zur Geltendmachung dieser Rechte kontaktieren Sie uns bitte unter den in der Anlage genannten Kontaktdaten.

➤ **Recht auf Auskunft**

Die Betroffenen sind berechtigt, eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir sie betreffende personenbezogene Daten verarbeiten. Gegebenenfalls haben die Betroffenen außerdem das Recht, Auskunft über diese Daten und unter anderem über die Verarbeitungszwecke, Kategorien der verarbeiteten Daten und EmpfängerInnenkategorien zu verlangen.

➤ **Recht auf Berichtigung**

Falls wir unrichtige Daten zu ihrer Person verarbeiten, können die Betroffenen die Berichtigung der Daten verlangen.

➤ **Recht auf Löschung**

Unter bestimmten Voraussetzungen sind die Betroffenen berechtigt, die Löschung von zu ihrer Person verarbeiteten Daten zu verlangen. Dieses Löschrrecht besteht beispielsweise nicht, wenn die Verarbeitung der Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

➤ **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**

Weiters sind die Betroffenen unter bestimmten Voraussetzungen berechtigt, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. In diesem Fall dürfen wir die Daten abgesehen von deren Speicherung nur noch mit der Einwilligung der Betroffenen oder in engen Grenzen, etwa zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen, verarbeiten.

➤ **Widerspruchsrecht**

In bestimmten Situationen sind die Betroffenen berechtigt, der Datenverarbeitung zu widersprechen. In diesem Fall werden wir die Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, welche die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

➤ **Beschwerderecht**

Schließlich sind die Betroffenen berechtigt, bei der Datenschutzbehörde Beschwerde einzulegen, wenn sie der Ansicht sind, dass die Datenverarbeitung gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt.

Einschränkung der Betroffenenrechte gemäß § 8 Abs 9 HSchG:

Wir weisen darauf hin, dass nach § 8 Abs 9 HSchG die erwähnten Rechte der von einem Hinweis betroffenen Personen auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und Widerspruch keine Anwendung finden, solange und insoweit dies zum Schutz der Identität der hinweisgebenden Person, einer sonstigen durch das HSchG geschützten Person und zur Erreichung der oben genannten Zwecke, insbesondere um Versuche der Verhinderung, Unterlaufung oder Verschleppung von Hinweisen oder von Folgemaßnahmen aufgrund von Hinweisen zu unterbinden, erforderlich ist (insbesondere für die Dauer der Durchführung eines verwaltungsbehördlichen oder gerichtlichen Verfahrens oder eines Ermittlungsverfahrens nach der Strafprozessordnung).

6. UNSERE KONTAKDATEN

Sollten Sie zu dieser Erklärung Fragen haben oder Anträge stellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Steirische Wirtschaftstreuhand GmbH & Co KG

Leonhardstraße 109, 8010 Graz
T. +43 316 32 24 31 . F: DW 56
office@stwt.at

Steirische Wirtschaftstreuhand GmbH

Leonhardstraße 109, 8010 Graz
T. +43 316 32 24 31 . F: DW 56
office@stwt.at

Steirische Prüfungs- und BeratungsGmbH

Leonhardstraße 109, 8010 Graz
T. +43 316 32 24 31 . F: DW 56
office@stwt.at

www.stwt.at